



Sachstand

Ernennung und Amtszeit von Richtern

Zur Rechtslage in Deutschland hinsichtlich der ordentlichen
Gerichtsbarkeit

Ernennung und Amtszeit von Richtern

Zur Rechtslage in Deutschland hinsichtlich der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Aktenzeichen:	WD 7 - 3000 - 203/19
Abschluss der Arbeit:	20. Dezember 2019
Fachbereich:	WD 7: Zivil-, Straf- und Verfahrensrecht, Bau und Stadtentwicklung

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Bundesstaatliche Kompetenzverteilung	4
2.	Richter auf Landesebene	4
2.1.	Auswahl und Wahl der Richter der Landesgerichte	4
2.1.1.	Voraussetzungen für die Berufung in das Richteramt	4
2.1.2.	Auswahlverfahren und Richterwahlausschüsse	5
2.1.3.	Amtszeit	7
2.1.4.	Versetzung, Amtsenthebung und Entlassung	7
3.	Richter der obersten Gerichtshöfe des Bundes	9

1. Bundesstaatliche Kompetenzverteilung

Nach Art. 30 GG¹ steht die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben, zu denen auch die Rechtsprechung gehört, den Ländern zu, soweit das Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt. Die Art. 92 ff. GG bestimmen abschließend, welche Gerichte der Bund errichten darf, im Übrigen ist die Organisation der Gerichte Ländersache.² Zur Gerichtsorganisation gehört auch die personelle Besetzung der Gerichte.

Für den Bund sehen die Art. 92 ff. GG sowohl obligatorische, also vom Bundesgesetzgeber verfassungsrechtlich zwingend einzurichtende Gerichte, als auch fakultative Gerichte vor. Obligatorisches Bundesgericht für das Gebiet der ordentlichen Gerichtsbarkeit ist gemäß Art. 95 Abs. 1 GG der Bundesgerichtshof.³ Die ordentliche Gerichtsbarkeit in diesem Sinne umfasst Zivil- und Strafsachen, für die nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten begründet ist oder auf Grund von Vorschriften des Bundesrechts besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind (§ 13 GVG⁴).

2. Richter auf Landesebene

2.1. Auswahl und Wahl der Richter der Landesgerichte

2.1.1. Voraussetzungen für die Berufung in das Richteramt

Die dienstrechtliche Stellung der Berufsrichter regelt in erster Linie das Deutsche Richtergesetz (DRiG)⁵. Es dient der Sicherung der persönlichen Rechtsstellung der Berufsrichter und enthält unter anderem Vorgaben hinsichtlich des Erwerbs zur Befähigung des Richteramtes sowie zur Begründung, Änderung und Beendigung des Richterverhältnisses.⁶

Gemäß § 5 Abs. 1 DRiG erwirbt die Befähigung zum Richteramt, wer ein rechtswissenschaftliches Studium an einer Universität mit der ersten Prüfung und einen anschließenden

1 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. November 2019 (BGBl. I S. 1546) geändert worden ist.

2 Hillgruber, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, 88. EL August 2019, Art. 92, Rn. 77.

3 Hillgruber, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, 88. EL August 2019, Art. 92, Rn. 78.

4 Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2633) geändert worden ist.

5 Deutsches Richtergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. November 2019 (BGBl. I S. 1755) geändert worden ist.

6 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, Einleitung, Rn. 1 und 7.

Vorbereitungsdienst mit der zweiten Staatsprüfung abschließt. Zudem ist nach § 7 DRiG jeder ordentliche Professor der Rechte an einer Universität in Deutschland zum Richteramt befähigt.

§ 9 DRiG bestimmt vier allgemeine materielle Voraussetzungen für die Berufung in das Richterverhältnis. Ein Richter muss demnach Deutscher im Sinne des Art. 116 GG und verfassungstreu sein, die Befähigung zum Richteramt besitzen sowie über die erforderliche soziale Kompetenz verfügen. Es handelt sich dabei nicht um eine abschließende Aufzählung, sondern um wesentliche Minimalvoraussetzungen.⁷ Es muss die persönliche und fachliche Eignung des Bewerbers gegeben sein. Grundsätzlich gilt auch für die Ernennung in das Richterverhältnis das Gebot der Bestenauslese, verfassungsrechtlich vorgeschrieben durch Art. 33 Abs. 2 GG, wonach jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt hat. Über die Auswahl darf demnach allein nach diesen Kriterien entschieden werden.⁸ In der Praxis ist bei den Bewerbern für das Richteramt auf Probe, das dem Richteramt auf Lebenszeit regelmäßig vorausgeht, für die fachliche Eignung insbesondere die Examensnote ausschlaggebend.⁹ Jeder Bewerber hat dabei ein grundrechtsgleiches Recht auf leistungsgerechte Einbeziehung in die Bewerberauswahl.¹⁰ Dies umfasst im Regelfall auch einen Anspruch auf Ausschreibung sowie auf ein durchschaubares, nachprüfbares Verfahren der Entscheidungsfindung.¹¹ Der unterlegene Bewerber muss über das Ergebnis der Auswahl so rechtzeitig informiert werden, dass er einen Art. 19 Abs. 4 GG entsprechenden wirksamen Rechtsschutz einholen kann.¹²

2.1.2. Auswahlverfahren und Richterwahlausschüsse

Grundsätzlich verfügen die Landesregierungen über die Personalhoheit bei der Richterbestellung.¹³ Die Auswahlverfahren sind in den Bundesländern unterschiedlich ausgestaltet. Zum Teil werden die Auswahlverfahren von den obersten Landesgerichten

7 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 9, Rn. 1.

8 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 9, Rn. 18 f.

9 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 9, Rn. 18.

10 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 9, Rn. 26.

11 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 9, Rn. 26.

12 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 9, Rn. 26 m.w.N.

13 Morgenthaler, in: Beck'scher Onlinekommentar Grundgesetz, 33. Edition 2017, Art. 98, Rn. 18.

durchgeführt¹⁴. In anderen Bundesländern erfolgt die Auswahl zum Beispiel durch das Justizministerium, das Oberlandesgericht und die Generalstaatsanwaltschaft gemeinsam.¹⁵

Nach Art. 98 Abs. 4 GG können die Länder bestimmen, dass über die Anstellung der Richter in den Ländern der Landesjustizminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuss entscheidet. Eine Reihe von Bundesländern hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Landesjustizminister im Sinne der Norm ist der für die jeweiligen Gerichte des Landes funktionell zuständige Minister. Art. 98 Abs. 4 GG dient dem Zweck, auch auf Landesebene die Justiz zusätzlich demokratisch zu legitimieren und damit zugleich die Akzeptanz von Personalentscheidungen des Ministers zu erhöhen und die richterliche Unabhängigkeit zu stärken.¹⁶ Die Richterwahlausschüsse dürfen jedoch keine Allein- oder Letztentscheidungsbefugnisse haben.¹⁷

Für die Besetzung der Ausschüsse macht Art. 98 Abs. 4 GG keine Vorgaben. Den Ländern stehen nach herrschender Auffassung insoweit erhebliche Gestaltungsspielräume zu, wobei sie an die grundgesetzlichen und auch landesverfassungsrechtlichen Vorgaben gebunden sind.¹⁸ Mitglieder der Richterwahlausschüsse sind in der Regel Abgeordnete der jeweiligen Landesparlamente sowie Vertreter bestimmter Berufsstände, insbesondere Richter, aber auch Rechtsanwälte, Hochschullehrer und sonstige Personen.¹⁹ Zum Teil sind auch Mitglieder der Landesregierungen vertreten.²⁰ Auch die Wahl der Mitglieder der Richterwahlausschüsse ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt. In einigen Bundesländern werden die Mitglieder, die keinen Abgeordnetenstatus haben, durch die jeweilige Berufsgruppe vorgeschlagen und sind im Anschluss durch das Landesparlament zu bestätigen. In anderen Ländern erfolgt die Wahl der berufsständischen Mitglieder ohne Bestätigung durch die Landesparlamente.²¹

14 Z.B. in Nordrhein-Westfalen: Oberlandesgericht Hamm, https://www.olg-hamm.nrw.de/behoerde/richter-auf-probe/Einstellungsverfahren/Infobroschuere_Einstellungsverfahren.pdf (zuletzt abgerufen am 20.12.2019).

15 Z.B. in Niedersachsen, vgl. Niedersächsisches Justizministerium, Merkblatt für die Einstellung als Richterin oder Richter auf Probe in die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Niedersachsen, abrufbar unter file:///V:/GLW_wd7-gl/Elektronische%20Akten%202019/WD%207-3000-203-19%20RT%20Ernennung%20von%20Richtern/Einstellungsmerkblatt_ordentliche_Gerichtsbarkeit_Stand_11.12.2019.pdf (zuletzt abgerufen am 20.12.2019).

16 Gärditz, ZBR 2010, 109, 110; Morgenthaler, in: Beck'scher Onlinekommentar Grundgesetz, 41. Edition, Stand: 15.02.2019, Art. 98, Rn. 18.

17 Morgenthaler, in: Beck'scher Onlinekommentar Grundgesetz, 41. Edition, Stand: 15.02.2019, Art. 98, Rn. 18.

18 Morgenthaler, in: Beck'scher Onlinekommentar Grundgesetz, 41. Edition, Stand: 15.02.2019, Rn. 19.

19 Hillgruber, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, 88. EL August 2019, Art. 98, Rn. 61.

20 Z.B. in Bremen, vgl. § 8 Bremisches Richtergesetz (https://www.transparenz.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen2014_tp.c.69448.de&template=00_html_to_pdf_d, zuletzt abgerufen am 20.12.2019).

21 Hillgruber, in: Hillgruber, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, 88. EL August 2019, Art. 98, Rn. 64.

An das Gebot der Bestenauslese (Art. 33 Abs. 2 GG) sind auch die Richterwahlausschüsse gebunden.²²

2.1.3. Amtszeit

Berufsrichter werden grundsätzlich zunächst zum Richter auf Probe ernannt, vgl. § 12 Abs. 1 DRiG. Wer mindestens drei Jahre im richterlichen Dienst tätig gewesen ist, kann zum Richter auf Lebenszeit ernannt werden, § 10 Abs. 1 DRiG. Spätestens fünf Jahre nach der Ernennung ist der Richter auf Probe zum Richter auf Lebenszeit oder unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Staatsanwalt zu ernennen, § 12 Abs. 2 DRiG. Das Richterverhältnis auf Lebenszeit ist die Regel, auch weil der Richter auf Lebenszeit über die am besten gesicherte persönliche Unabhängigkeit verfügt.²³

Gemäß § 8 DRiG können Richter im Ausnahmefall auch „auf Zeit“ berufen werden – allerdings gemäß § 11 DRiG nur unter den durch Bundesgesetz bestimmten Voraussetzungen und nur für die bundesgesetzlich bestimmten Aufgaben. Mit Hinblick auf die verfassungsrechtliche Vorgabe der richterlichen Unabhängigkeit kann diese Statusart nicht auf beliebige Zeit begründet werden; in jedem Fall soll eine Mindestdauer von mehreren Jahren erforderlich sein.²⁴

2.1.4. Versetzung, Amtsenthebung und Entlassung

Art. 97 GG garantiert die sachliche und persönliche Unabhängigkeit der Richter.

Gemäß Art. 97 Abs. 1 GG sind Richter unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen (sachliche Unabhängigkeit). Dies bedeutet, dass sie bei Auslegung und Anwendung der Gesetze an keine Weisungen gebunden sind und ihre Entscheidungen eigenverantwortlich im Rahmen des Rechts zu treffen haben.²⁵

Die persönliche Unabhängigkeit wird durch die in Art. 97 Abs. 2 GG bestimmte grundsätzliche Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit der Richter gewährleistet. Nach Art. 97 Abs. 2 S. 1 GG können hauptamtlich und planmäßig endgültig angestellte Richter wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, vor Ablauf ihrer Amtszeit entlassen oder dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. Die persönliche Unabhängigkeit meint letztlich die Freiheit von bestimmten personalpolitischen Maßnahmen, die die Freiheit der sachlichen Unabhängigkeit gefährden können.²⁶ Den Richter dürfen weder beruflich noch außerberuflich wegen seiner rechtsprechenden Tätigkeit Nachteile treffen, die

22 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 9, Rn. 18 f.

23 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 8, Rn. 3.

24 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 8, Rn. 4 m.w.N.

25 Morgenthaler, in: Beck'scher Onlinekommentar Grundgesetz, 41. Edition, Stand: 15.02.2019, Art. 97, Rn. 4.

26 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 25, Rn. 7.

geeignet sind, seine sachliche Unabhängigkeit in Frage zu stellen oder ihn in seiner Rechtsprechungsaufgabe zu behindern.²⁷

Im Gegensatz zu Art. 97 Abs. 1 GG schützt Abs. 2 nur „hauptamtlich und planmäßig“ angestellte Richter. Dies umfasst insbesondere, aber nicht ausschließlich, Richter auf Lebenszeit, nicht jedoch Richter auf Probe (§ 12 DRiG).

Entsprechend den Vorgaben des Art. 97 Abs. 2 GG können Richter auf Lebenszeit ohne ihre schriftliche Zustimmung nur in unvermeidbaren Fällen versetzt oder ihres Amtes enthoben werden. § 30 Abs. 1 DRiG enthält diesbezüglich eine abschließende Aufzählung der möglichen Gründe, nämlich im Verfahren über die Richteranklage (Artikel 98 Abs. 2 und 5 GG), im gerichtlichen Disziplinarverfahren, im Interesse der Rechtspflege (§ 31 DRiG) und bei Veränderung der Gerichtsorganisation (§ 32 DRiG). In den Fällen des § 30 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 DRiG ist die Versetzung oder Amtsenthebung zudem nur aufgrund rechtskräftiger richterlicher Entscheidung möglich.

Auch die Möglichkeiten der Entlassung sind abschließend gesetzlich geregelt.²⁸ Die Beendigung des Richterverhältnisses ist beispielsweise möglich als Folge eines Urteils eines deutschen Gerichts (§ 24 DRiG), der disziplinarrechtlichen Entfernung aus dem Dienst (§ 63 Abs. 1 DRiG in Verbindung mit § 10 BDG²⁹ bzw. entsprechendem Richterdisziplinarrecht der Länder) und der Versetzung in den Ruhestand (§ 31 Nr. 3, § 34, § 48 DiRG).³⁰ § 21 DRiG listet weitere Entlassungsgründe auf, zum Beispiel Verlust der Eigenschaft als Deutscher im Sinne des Art. 116 GG.

Im Gegensatz zu Richtern auf Lebenszeit bestehen für Richter auf Probe weitere Entlassungsmöglichkeiten. Gemäß § 22 Abs. 1 DRiG kann ein Richter auf Probe zum Ablauf des sechsten, zwölften, achtzehnten oder vierundzwanzigsten Monats nach seiner Ernennung entlassen werden. Dies bedeutet allerdings keine unumschränkte Entlassungsmöglichkeit.³¹ Eine solche „würde eine Gefahr für die sachliche Unabhängigkeit nach Art. 97 Abs. 1 GG bedeuten, da die drohende Entlassung einer mittelbaren Weisung gleichkommen kann. Ferner kann eine unterschiedlich gehandhabte Entlassungspraxis den gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern (Art. 33 Abs. 2 GG) beeinträchtigen und gegen das Willkürverbot (Art. 3 GG) verstoßen. Das Gesetz wird diesem verfassungsrechtlich vorgegebenen Rahmen dadurch gerecht, dass es die Entlassungsmöglichkeit nur zu bestimmten Zeitpunkten zulässt, dabei nach Ablauf des zweiten

27 Morgenthaler, in: Beck'scher Onlinekommentar Grundgesetz, 41. Edition, Stand: 15.02.2019, Art. 97, Rn. 14.

28 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 21, Rn. 1.

29 Bundesdisziplinargesetz vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2362) geändert worden ist.

30 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 21, Rn. 1 f.

31 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 22, Rn. 1.

Jahres nur unter engeren Voraussetzungen. Darüber hinaus ist eine Entscheidung nach pflichtgemäßem Ermessen mit den sich daraus ergebenden Grenzen zu treffen.“³²

Nach dem dritten oder vierten Jahr kann der Richter auf Probe entlassen werden, wenn ein Richterwahlausschuss seine Übernahme in das Richterverhältnis auf Lebenszeit oder auf Zeit ablehnt, § 22 Abs. 2 DRiG. In der Praxis spielt die Entlassung nach § 22 DRiG eine nicht unerhebliche Rolle, um für den Richterberuf ungeeignete Richter aus dem Dienst nehmen zu können. Dabei sind jedoch stets die richterliche Unabhängigkeit und die persönlichen Rechte des Richters auf Probe zu beachten.³³

3. Richter der obersten Gerichtshöfe des Bundes

Gemäß Art. 95 Abs. 2 GG entscheidet über die Berufung der Richter der obersten Bundesgerichtshöfe der für das jeweilige Sachgebiet zuständige Bundesminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuss. Der Richterwahlausschuss besteht aus den für das jeweilige Sachgebiet zuständigen Ministern der Länder und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die vom Bundestag gewählt werden, Art. 95 Abs. GG. Der Ausschuss hat derzeit 32 Mitglieder: 16 Mitglieder kraft Amtes (zuständige Landesminister) und 16 Mitglieder kraft Wahl (berufen durch den Deutschen Bundestag).

Der Bundestag beruft die Mitglieder kraft Wahl nach den Regeln der Verhältniswahl, § 5 Abs. 1 RiWG³⁴. Jede Fraktion kann einen Vorschlag einbringen, § 5 Abs. 2 S. 1 RiWG. Die Ausschussmitglieder müssen zum Bundestag wählbar und im Rechtsleben erfahren sein (§ 4 Abs. 1 RiWG); sie müssen jedoch nicht selbst Abgeordnete sein.³⁵ In der Praxis werden zumeist Mitglieder, gelegentlich auch ehemalige Mitglieder, des Bundestages, jeweils mit der Befähigung zum Richteramt berufen.³⁶ Richter können während ihrer Amtszeit hingegen nicht Mitglied im Richterwahlausschuss sein.³⁷

Ausschließlich der zuständige Bundesminister und die Mitglieder des Richterwahlausschusses können einen Kandidaten zur Wahl vorschlagen, § 10 Abs. 1 Satz 1 RiWG. Bewerbungen aus

32 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 22, Rn. 1 f.

33 Staats, Deutsches Richtergesetz, 2012, § 22, Rn. 1.

34 Richterwahlgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 301-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 133 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist.

35 Deutscher Bundestag, Richterwahlausschuss, http://www.bundestag.de/service/glossar/glossar/R/richterwahl_aussch/245530 (zuletzt abgerufen am 20.12.2019).

36 Staats, Richterwahlgesetz, 2003, § 4, Rn. 1.

37 Staats, Richterwahlgesetz, 2003, § 4, Rn. 3.

Eigeninitiative sind folglich nicht möglich. Eine öffentliche Ausschreibung der zu besetzenden Stellen erfolgt nicht. In der Praxis stammen die meisten Vorschläge aus den Länderministerien.³⁸

Als Teil der Vorbereitung der Entscheidung gibt der Präsidialrat des Bundesgerichts, bei dem der Richter verwendet werden soll, gemäß §§ 55, 57 DRiG eine den Ausschuss nicht bindende schriftliche Stellungnahme über die persönliche und fachliche Eignung der Kandidaten ab.³⁹

Der Richterwahlausschuss prüft sodann, ob der für ein Richteramt Vorgeschlagene die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für dieses Amt besitzt, § 11 RiWG. Der Ausschuss entscheidet in geheimer Abstimmung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, § 12 Abs. 1 RiWG. Die Sitzungen des Ausschusses sind nicht öffentlich, § 9 Abs. 2 RiWG. Nach der Wahl hat der zuständige Bundesminister eigenverantwortlich zu prüfen, ob der Vorgeschlagene die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt und er der Ernennung zustimmt, § 13 RiWG.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gilt auch für die Entscheidung des Richterwahlausschusses das Gebot der Bestenauslese gemäß Art. 33 Abs. 2 GG; das durch Art. 95 GG vorgeschriebene Wahlverfahren bedinge jedoch Modifikationen. Der Ausschuss hat demnach die Bindung des zuständigen Bundesministers, der der Entscheidung des Ausschusses letztlich zustimmen muss, zu beachten. Gleichzeitig hat sich der Bundesminister bei seiner Entscheidung den Ausgang der Wahl grundsätzlich zu eigen zu machen, es sei denn, die formellen Ernennungsvoraussetzungen seien nicht gegeben, die verfahrensrechtlichen Vorgaben seien nicht eingehalten oder das Ergebnis erscheine nach Abwägung aller Umstände und insbesondere vor dem Hintergrund der Wertungen des Art. 33 Abs. 2 GG nicht mehr nachvollziehbar.⁴⁰

* * *

38 Gärditz, ZBR 2015, 325, 330; Schübel, NJW 2014, 1355, 1357.

39 Gärditz, ZBR 2015, 325, 330.

40 BVerfG, NJW 2016, 3425, 3426 ff.